

VERFAHRENSVERMERKE							
Präambel Aufgrund des § 1 Abs. 3 und § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) i.d.F. der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21.12.2009 (BGBl. I S. 3316) und der §§ 6 u. 40 der Nds. Gemeindeordnung (NGO) i.d.F. vom 28.10.2006 (Nds. GVBl. S. 473), zuletzt geändert durch den Artikel 5 des Gesetzes vom 07.12.2006 (Nds. GVBl. S. 575 hat der Rat der Gemeinde Leese diesen Bebauungsplan Nr. 10 „Industriegebiet Leese/ Oehmer Feld“, 4. Änderung bestehend aus der Planzeichnung und den Textlichen Festsetzungen als Satzung gem. § 10 (1) BauGB sowie die Begründung gem. § 9 (6) BauGB beschlossen. Landesbergen, den 11.01.2011 gez. Walter Busse Gemeindedirektor (Busse) (L.S.) gez. Grant Hendrik Tonne Bürgermeister (Tonne) (L.S.)	Planunterlage - Kartengrundlage: Liegenschaftskarte, M. 1:1.000 - Auszug aus den Geländeplänen der Nds. Vermessungs- und Katasterverwaltung, Copy - Herausgeber: Behörde für Geoinformation, Landentwicklung und Liegenschaften (GLL), Sulingen, KA Nienburg (4-598/2001), Gemarkung Leese, Flur 14 Angaben und Präsentationen des amtlichen Vermessungswesens sind durch das Niedersächsische Gesetz über das amtliche Vermessungswesen (NVerMG) sowie durch das Gesetz über Urheberrecht und verwandte Schutzrechte (Urheberrechtsgesetz) gesetzlich geschützt. Die Verwertung für nichteigene oder für wirtschaftliche Zwecke und die öffentliche Weitergabe von Angaben des amtlichen Vermessungswesens und von Standardpräsentationen ist nur mit Erlaubnis der zuständigen Vermessungs- und Katasterbehörde zulässig. Keiner Erlaubnis bedarf. Die Verwertung für nichteigene oder für wirtschaftliche Zwecke und die öffentliche Weitergabe von Angaben des amtlichen Vermessungswesens und von Standardpräsentationen ist nur mit Erlaubnis der zuständigen Vermessungs- und Katasterbehörde zulässig. Keiner Erlaubnis bedarf. im Auftrag gez. Kruschinski, VmAR Unterschrift	Aufstellungsbeschluss Der Verwaltungsausschuss der Gemeinde hat in seiner Sitzung am 03.03.2008 die Aufstellung dieses Bebauungsplanes beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB am 23.09.2009 in der Tageszeitung „Die Harke“ ortsüblich bekannt gemacht worden. Landesbergen, den 11.01.2011 gez. Walter Busse Gemeindedirektor (L.S.)	Öffentliche Auslegung Der Verwaltungsausschuss der Gemeinde hat in seiner Sitzung am 08.11.2008 dem Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung zugestimmt und die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen. Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am 27.11.2009 in der Tageszeitung „Die Harke“ ortsüblich bekannt gemacht. Der Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung haben vom 07.12.2009 bis einschließlich 07.01.2010 gem. § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegt. Landesbergen, den 11.01.2011 gez. Walter Busse Gemeindedirektor (L.S.)	Satzungsbeschluss Der Rat der Gemeinde hat den Bebauungsplan nach Prüfung der Stellungnahmen gemäß § 9 Abs. 2 BauGB in seiner Sitzung am 22.09.2010 als Satzung (§ 10 Abs.1 BauGB) beschlossen sowie der dazugehörigen Begründung (§ 9 Abs. 8 BauGB) zugestimmt. Landesbergen, den 11.01.2011 gez. Walter Busse Gemeindedirektor (L.S.)	Inkrafttreten Der Satzungsbeschluss dieses Bebauungsplanes wurde nach § 10 Abs. 8 BauGB am 21.01.2011 in der Tageszeitung „Die Harke“ ortsüblich bekannt gemacht. Der Bebauungsplan ist mit dieser Bekanntmachung rechtsverbindlich geworden. Landesbergen, den 21.01.2011 gez. Walter Busse Gemeindedirektor	Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften Innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung des Bebauungsplanes sind - eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften, die Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes und/oder - beschädlige Mängel des Abwägungsvorgangs schriftlich gegenüber der Gemeinde unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts nicht geltend gemacht worden. Landesbergen, den _____.20____ Gemeindedirektor (L.S.)	



TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

1.0 GEWERBE- UND INDUSTRIEGEBIETE
1.1 Ausschluss von Einzelhandel
In den Gewerbegebieten GE-1 und in den Industriegebieten GI-1 sind bauliche Anlagen und Vorhaben mit ausschließlichen Geschäftszwecken für den Einzelhandel unzulässig. Untergeordnete Geschäftszwecke mit Verkauf an Endverbraucher als Bestandteil von produzierenden, verarbeitenden und lagernden Betrieben sind bis max. 300 m² zulässig.
(§ 1 Abs. 9 BauNVO)
(Hinweis: Die Baugebiete GI-1 und GI-2 liegen nicht im räumlichen Geltungsbereich der 4. Änderung)
1.2 Vergnügungsstätten
Vergnügungsstätten sind nicht zulässig.
(§ 1 Abs. 5 BauNVO)
1.3 Flächenbezogener Schalleisungspegel GE-1
Innerhalb des festgesetzten Baugebietes GE-1 sind nur solche Anlagen und Betriebe zulässig, deren mittlere, wärmeabstrahlende Schalleisungspegel die folgenden Werte nicht überschreitet:
- Tag/Nacht (6.00-22.00 Uhr): 60 dB(A)
- Nacht (22.00-6.00 Uhr): 45 dB(A)
(§ 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB)
1.4 Flächenbezogener Schalleisungspegel GI-1
Die Festsetzung 1.4 gilt nicht für den räumlichen Geltungsbereich der 4. Änderung.

2.0 SONSTIGE SONDERGEBIETE
2.1 SO-FreizeitSport
Die Festsetzung 2.1 erfüllt mit der 4. Änderung ersatzlos.
2.2 Vergnügungsstätten
Die Festsetzung 2.2 erfüllt mit der 4. Änderung ersatzlos.
2.3 Betriebswohnungen
Die Festsetzung 2.3 erfüllt mit der 4. Änderung ersatzlos.
2.4 Flächenbezogener Schalleisungspegel
Die Festsetzung 2.4 erfüllt mit der 4. Änderung ersatzlos.

3.0 ABWEICHENDE BAUWEISE
In den Baugebieten mit abweichender Bauweise a ist eine offene Bebauung mit Gebäudelängen über 50 m zulässig.
(§ 2 Abs. 4 BauNVO)

4.0 HÖHE BAULICHER ANLAGEN
Die Traufhöhen bei Dachdachgebäuden und die Firsthöhen der Baukörper mit geneigten Dächern dürfen 14 m über Gebäudekante nicht überschreiten. Ausgenommen von dieser Regelung sind Einzelbauten wie Schmötchen / Antennen u.a., wenn sich die Erforderlichkeit technisch be- und die Grundfläche je Grundstück nicht mehr als 10 m² betragt.
Die Gebäudekante ist definiert durch die Oberkante der Fahrbahnmitte der nächstgelegenen öffentlichen Verkehrsfläche.
Die Traufhöhe definiert sich durch den Schnittpunkt der Außenseite der ausstehenden Außenwand mit der Unterseite der tragenden Dachkonstruktion (z.B. Betondecke, Sparren).

6.0 GRÜNRÜNDUNG
6.1 Ausgleichsmaßnahmen
Alle zeichnerischen und Textlichen Festsetzungen nach § 9 (1) Nr. 20 und 25 BauGB dienen der Kompensation für Eingriffe in Natur und Landschaft. § 9a BNatSchG
6.2 Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft
(§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)
6.2.1 "F1"
Die mit F1 gekennzeichnete "Fläche für Wald" ist als naturnahe Waldfläche zu erhalten und zu entwickeln. Dazu sind insbesondere folgende Maßnahmen durchzuführen:
a) Bei den zusammenhängenden forstlichen Nadelholz-Monokulturen sind insgesamt mindestens 30 % der Fläche durch das Anpflanzen von standortgerechten, einheimischen Laubgehölzen in Mischwald umzuwandeln. Dazu sind pro 100 m² mindestens 4 Heister unterschiedlicher Arten der HPNV (heutige potentielle natürliche Vegetation) anzupflanzen.
b) Vorhandene Strauch- und Krautschichten sind der natürlichen Sukzession zu überlassen.
c) Bei den zusammenhängenden forstlichen Nadelholz-Monokulturen sind mindestens 30 % der Fläche durch das Anpflanzen von standortgerechten, einheimischen Laubgehölzen in Mischwald umzuwandeln. Dazu sind pro 100 m² mindestens 4 Heister unterschiedlicher Arten der HPNV (heutige potentielle natürliche Vegetation) anzupflanzen. Der 2. Absatz unter 5.3.3 a) gilt entsprechend.
d) "F3"
Die mit F3 gekennzeichneten Flächen sind von den unter 5.3.3 a) - c) aufgeführten Maßnahmen ausgenommen. Der vorhandene Wuchsbestand ist zu erhalten und bei Abgang durch Neuanpflanzungen gleicher Arten der HPNV zu ersetzen.
6.3.4 Grundstücksgrenzen
Diese Festsetzung 6.3.4 gilt nicht für den räumlichen Geltungsbereich der 4. Änderung
6.2.2 "F2"
Die mit F2 gekennzeichneten "Flächen für Wald" sind als naturnahe Waldflächen zu entwickeln. Dazu sind insbesondere folgende Maßnahmen durchzuführen:
a) Die zu F1 a), d) e) getroffenen Festsetzungen gelten entsprechend.
b) Vorhandene Totholzgebiete sind als Lebensraum für Tiere und Pflanzen zu erhalten.
6.2.3 Realisierungszeitraum der Maßnahmen
Die unter 6.2 aufgeführten Maßnahmen sind unmittelbar nach Inkrafttreten des Bebauungsplanes zu beginnen und spätestens innerhalb eines Zeitraumes von 5 Jahren aufzugeben sind.
6.3 Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen und sonstigen Verpflichtungen
(§ 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB)
6.3.1 Baugebiete mit einer GRZ von 0,7 - Bepflanzung von Grundstücken
Sofort nach dem Inkrafttreten unter "5.0 Grünordnung" kein höherer Betrag ergibt, ist in den festgesetzten Baugebieten mit einer GRZ von 0,7 a) mindestens 20 % der Grundstücksfläche der vorhandene Wuchsbestand zu erhalten und mit Laubgehölzen zu bepflanzen. Die Festsetzungen zu F2 a) gelten hier entsprechend.

6.3.2 Baugebiete mit einer GRZ von 0,8 - Bepflanzung von Grundstücken
Die Festsetzung 6.3.2 ist mit der 3. Änderung vollständig entfallen.
6.3.3 Flächen für Bindungen und für die Erhaltung von Bäumen und Sträuchern
Die festgesetzten Flächen sind als Wuchsstandorte zu erhalten und mit Laubholz zu bepflanzen. Dazu sind insbesondere folgende Maßnahmen durchzuführen:
a) Der Gehölzbestand ist bei Abgang durch Neuanpflanzungen gleicher Arten im Verhältnis 1 : 2 zu ersetzen. Bei Abgang von Nadelgehölzen sind Heister unterschiedlicher Arten der HPNV (heutige potentielle natürliche Vegetation) anzupflanzen.
b) Vorhandene Strauch- und Krautschichten sind der natürlichen Sukzession zu überlassen.
c) Bei den zusammenhängenden forstlichen Nadelholz-Monokulturen sind mindestens 30 % der Fläche durch das Anpflanzen von standortgerechten, einheimischen Laubgehölzen in Mischwald umzuwandeln. Dazu sind pro 100 m² mindestens 4 Heister unterschiedlicher Arten der HPNV (heutige potentielle natürliche Vegetation) anzupflanzen. Der 2. Absatz unter 5.3.3 a) gilt entsprechend.
d) "F3"
Die mit F3 gekennzeichneten Flächen sind von den unter 5.3.3 a) - c) aufgeführten Maßnahmen ausgenommen. Der vorhandene Wuchsbestand ist zu erhalten und bei Abgang durch Neuanpflanzungen gleicher Arten der HPNV zu ersetzen.
6.3.4 Grundstücksgrenzen
Diese Festsetzung 6.3.4 gilt nicht für den räumlichen Geltungsbereich der 4. Änderung
6.2.2 "F2"
Die mit F2 gekennzeichneten "Flächen für Wald" sind als naturnahe Waldflächen zu entwickeln. Dazu sind insbesondere folgende Maßnahmen durchzuführen:
a) Die zu F1 a), d) e) getroffenen Festsetzungen gelten entsprechend.
b) Vorhandene Totholzgebiete sind als Lebensraum für Tiere und Pflanzen zu erhalten.
6.2.3 Realisierungszeitraum der Maßnahmen
Die unter 6.2 aufgeführten Maßnahmen sind unmittelbar nach Inkrafttreten des Bebauungsplanes zu beginnen und spätestens innerhalb eines Zeitraumes von 5 Jahren aufzugeben sind.
6.3 Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen und sonstigen Verpflichtungen
(§ 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB)
6.3.1 Baugebiete mit einer GRZ von 0,7 - Bepflanzung von Grundstücken
Sofort nach dem Inkrafttreten unter "5.0 Grünordnung" kein höherer Betrag ergibt, ist in den festgesetzten Baugebieten mit einer GRZ von 0,7 a) mindestens 20 % der Grundstücksfläche der vorhandene Wuchsbestand zu erhalten und mit Laubgehölzen zu bepflanzen. Die Festsetzungen zu F2 a) gelten hier entsprechend.

6.3.4 Fassadenbegrünung
Die nicht transparenten Wandflächen der Umfassungs- wände von Gebäuden mit mehr als 300 m² Grund- fläche sind zu mindestens 1/3 dauerhaft zu begrünen.
6.4.5 Flächen zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern
(entsprechend der 3. Änderung)
Innerhalb der festgesetzten Pflanzflächen sind je an- gefangene 10m Länge mindestens ein hochstämmi- ger Laubbaum (Stammumfang bei Pflanzung mindes- tens 10-12 cm) und pro m² Pflanzfläche mindestens 1 Strauch anzupflanzen. Der Gehölzbestand ist zu be- rücksichtigen und wird mit angerechnet, sofern es sich um Laubgehölze handelt.
Abweichend davon dürfen im Schutzbereich der 60-kV Hochspannungsfreileitung keine Bäume angepflanzt werden.
Die unter 5.5 angeführte Artenliste wird zum Abschnitt "Bäume" um Traubeneichen (Quercus petraea) ergänzt.
5.5 Artenliste zur Gehölzverwendung
Der unter Ziffer 5.0 Grünordnung "genannte Bewuchs- bestand sowie die Anpflanzungen sind dauerhaft zu erhalten und zu pflegen. Soweit nicht anders textlich festgesetzt, sind ausschließlich heimische Laubge- hölze der HPNV zulässig, wie:
Bäume:
Stieleiche (Quercus robur), Bergahorn (Acer pseudo- platanus), Feldahorn (Acer campestre), Birke (Betula pendula), Buche (Fagus sylvatica), Hainbuche (Carpinus betulus), Vogelkirsche (Prunus avium), Salweide (Salix caprea), Eberesche (Sorbus aucuparia), als Heister, Höhe bei Pflanzung mind. 200 - 250 cm.
Sträucher:
Hassel (Corylus avellana), Weißdorn (Crataegus mono- gyna), Schlehe (Prunus spinosa), Schneeball (Vibur- num opulus), Holunder (Sambucus), Brombeere (Rubus fruticosus), Höhe bei Pflanzung 80-100 cm.
5.6 Pflanzzeitpunkt
Die Festsetzungen über Bepflanzung unter "5.3 und 5.4" sind spätestens in der Pflanzperiode 2 Jahre nach Beginn der Baumaßnahme (Gebäude / Verkehrs- fläche) auf dem jeweiligen Grundstück zu erfüllen.
6.0 STELLPLATZE, GARAGEN UND NEBENANLAGEN
Stellplätze, überdachte Stellplätze und Garagen sowie Nebenanlagen, die im Sinne der geltenden Bauordnung Gebäu- sind, sind nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen zulässig, § 12 und § 14 BauNVO
7.0 ÜBERSCHREITUNG DER GRZ
Eine Überschreitung der zulässigen Grundflächenzahl (GRZ) durch die in § 19 Abs. 4 Nr. 1-3 BauNVO be- zeichneten Anlagen ist unzulässig.
(§ 19 Abs. 4 BauNVO)

8.0 VERSICKERUNG DES ANFALLENDEN OBERFLÄCHENWASSERS
§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB
8.1 Die Festsetzung 8.1 erfüllt mit der 4. Änderung ersatzlos
8.2
Innerhalb der Baugebiete sind auf den jeweiligen Baugrundstücken geeignete Flächen vorzuhalten, auf denen das gesamte auf den Baugrundstücken anfallende Oberflächenwasser versickern bzw. verdunsten kann. Hierzu sind zusätzlich zu den unter 5.3.1 und 5.3.2 festgesetzten Flächen zur Bepflanzung und Erhaltung von Bäumen und Sträuchern pro Grundstück mind. 10 % der Grundstücksfläche als Versickerungs- bzw. Verdunstungsflächen vorzuhalten.
8.3
Die Festsetzung 8.3 gilt nicht für den räumlichen Geltungsbereich der 4. Änderung.
8.4
Die Festsetzung 8.4 gilt nicht für den räumlichen Geltungsbereich der 4. Änderung.
9.0 HUMOSER OBERBODEN
Der humose Oberboden ist vor sämtlichen Bauaus- führungen gesondert aufzunehmen und abseits vom Baubetrieb geordnet zwischenzulagern. Der humose Oberboden ist nach Abschluss der Bauarbeiten wieder gleichmäßig auf den verbleibenden Freiflächen auszu- breiten. Überschüssigen Boden der Gemeinde für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen vorrangig inner- halb des Plangebietes zur Verfügung gestellt werden. § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB
10.0 LEITUNGSRECHTE
Innerhalb der Schutzbereiche von ober- und unter- irdischen Leitungen sind die gültigen Bestimmungen der Versorgungs träger einzuhalten und bestehende Leitungsrechte zu beachten. Dies gilt insbesondere auch für die unter 5.0 Grünordnung getroffenen Fest- setzungen, § 9 Abs. 1 Nr. 13 BauGB

11.0 HINWEISE
A Gesetzesgrundlage
Für die Festsetzungen dieses Bebauungsplanes gelten:
- das Baugesetzbuch (BauGB) i.d.F. der Bekanntma- chung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 21.12.2006 (BGBl. I S. 3316),
- die BauNutzungsverordnung (BauNVO) i.d.F. der Bekanntmachung vom 27.01.1990 (BGBl. I S. 132), zuletzt geändert am 22.04.1993 (BGBl. I S. 466) sowie
- die Niedersächsische Bauordnung (NBauO) in der Fassung vom 10.02.2003 (Nds. GVBl. S. 89), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 23.06.2005 (Nds. GVBl. S. 208).
B Potenzielle Altlasten
Die Rüstungsalte Leese ist nach Block AO eingestuft. Sollten bei Bau- und Erdarbeiten Auffälligkeiten im Boden auftreten, ist das Amt für Abfallwirtschaft - LK Nienburg umgehend zu benachrichtigen. Aufgrund der Vernutzung ist der Standort gem. § 6 NBoSchG in das Altlasten- verzeichnis mit aufgenommen. Die von Seiten des Gut- achters vorgeschlagenen Maßnahmen zweifelhaf- ter Grundwasserüberwachung und zum Austausch des Bodensubstrats in den bisher gekennzeichneten Be- reich wurden seit Inkrafttreten des Bebauungsplanes Nr. 10 "Industriegebiet Leese/Oehmer Feld" durchge- führt. Somit kann davon ausgegangen werden, dass Altlasten oder Bodenverunreinigungen nicht mehr vorhanden sind.
C Wasserrechtliche Genehmigung
Für die Einleitung von anfallendem Oberflächenwasser in
- ein oberirdisches Gewässer
- das Grundwasser
- sowie bei Grundwasserfreilegung
bedarf es der wasserrechtlichen Genehmigung nach Niedersächsischem Wasserrecht (NWG).
Für die Versickerung über Versickerungsflächen und -rinnen sowie für die Einleitung von anfallendem Ober- flächenwasser in Reinigungs- und Versickerungsbecken ist eine wasserrechtliche Erlaubnis nach NWG erforderlich.
D Ersatzflächen / Ersatzmaßnahmen
OKO-Konto der Raiffeisen Warengenossenschaft (RWG) Leese mit Stand vom 14.04.2008
- Summe der bisher festge- setzten und noch nicht in Anspruch genommenen Maßnahmen in m² Werten (WE) = 129.765 m²WE
- Gutschrift nach Umset- zung der Maßnahmen = 82.026 m²WE
- noch nicht umgesetzt = 47.739 m²WE
Die wald- und naturschutzrechtlichen Ausgleichs- verpflichtungen können über die bereits erfolgten Kom- pensationsaufwendungen, welche auf dem OKO-Konto der RWG Leese gebucht sind, abgegolten werden. Die Zuordnung der Kompensationsverpflichtung für die 4. Änderung zu Flächen bzw. Wertanteilen des OKO-Kontos werden vor Satzungsbeschluss in einem stadtteblichen Vertrag abgesichert.

PLANZEICHENERKLÄRUNG
ART DER BAULICHEN NUTZUNG
GE Gewerbegebiet (auch GE-1 Einschränkung siehe textl. Festsetzung)
MASS DER BAULICHEN NUTZUNG
0,7 Grundflächenzahl - GRZ
1,6 Geschossflächenzahl - GFZ
TH/FH 14 m Trauf- / Firsthöhe als Höchstmaß (siehe textliche Festsetzung)
BAUWEISE, BAUGRENZEN
a abweichende Bauweise
Baugrenze
überbaubare Grundstücksfläche
HAUPTVERSORGUNGS- UND HAUPTABWÄHRUNGSLEITUNGEN
Haupversorgungsleitung - oberirdisch mit Schutzstreifen
Haupversorgungsleitung - unterirdisch mit Schutzstreifen
Fläche für Versorgungsanlagen
Elektrizität
FLÄCHEN FÜR WALD
Fläche für Wald
PLANUNGEN, NUTZUNGSREGELUNGEN, MASS- NAMMEN UND FLÄCHEN FÜR MASSNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICK- LUNG VON NATUR UND LANDSCHAFT
Umgrenzung von Flächen mit Bindung für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen
Umgrenzung von Flächen für Maß- nahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Land- schaft (F2 - siehe textliche Festsetzung)
SONSTIGE PLANZEICHEN
Grenze des räumlichen Geltungs- bereiches des Bebauungsplanes
Nutzungsabgrenzung
Übersichtskarte
ALK - M: 1:10.000

GEMEINDE LEESE
BEBAUUNGSPLAN NR. 10 - 4. Änderung "Industriegebiet Leese/ Oehmer Feld"
Datum: 18.01.2010 Stand: § 10 (1) BauGB - Satzung
PLANUNGSBURO PETERSEN - AM UHRTURM 1-3 - 30519 HANNOVER - TEL. 0511 - 838 73 62
ZWEIFTSCHRIFT
pbbp